



Deutschland auf gutem Weg

Eine Bilanz des ersten Regierungsjahres der Großen Koalition

Die Große Koalition hat im ersten Jahr ihrer Regierung zentrale Projekte ihres Koalitionsvertrags in die Tat umgesetzt. Deutschland ist auf einem guten Weg:

- Der Haushalt für 2015 ist der erste seit 46 Jahren, der ohne Neuverschuldung geplant ist.
- Gleichzeitig investiert die Bundesregierung mehr Geld in Bildung, Forschung, Innovationen und die Verkehrsinfrastruktur. Außerdem entlastet der Bund die Länder und Kommunen.
- Mit über einem Prozent verzeichnet Deutschland ein stabiles Wirtschaftswachstum.
- Der Arbeitsmarkt entwickelt sich positiv. Im Oktober waren mehr als 43 Millionen Menschen erwerbstätig – eine halbe Million mehr als im Jahr davor.
- Der Startschuss für die Digitale Agenda ist erfolgt.
- Die Energiewende kommt mit dem neuen EEG und dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz voran.
- Mit dem Klimaschutzprogramm der Bundesregierung setzt Deutschland das Ziel um, bis 2020 den CO₂-Ausstoß um 40 Prozent zu senken.
- Die neue Hightech-Strategie stärkt Forschung und Innovation in Deutschland.
- Die sozialen Sicherungssysteme stehen auf solider Grundlage. Das Rentenpaket schafft mehr Gerechtigkeit bei der Anerkennung der Lebensleistung.
- Ein gesetzlicher Mindestlohn bringt mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt.
- Die Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf sind heute besser denn je.

HAUSANSCHRIFT
Dorotheenstr. 84
10117 Berlin

POSTANSCHRIFT
11044 Berlin

TEL + 49 (0)3018 272-2030
FAX + 49 (0)3018 272-3152

cvd@bpa.bund.de
www.bundesregierung.de
www.bundeskanzlerin.de



11. Dezember 2014
Seite 2 von 15

Außen- und Sicherheitspolitik

- **Stärke des Rechts statt Recht des Stärkeren:** Mit der Annexion der Krim und seinem Militäreinsatz in der Ostukraine stellt Russland die europäische Friedensordnung in Frage. Die EU und die internationale Gemeinschaft begeben Russland mit einer [Politik aus Dialog und Sanktionen](#). Die Bundesregierung unterstützt diese Politik durch den Einsatz aller diplomatischen Kräfte.
- **Allianz gegen IS:** In Syrien und im Irak ist die Terrororganisation IS erstarkt. Sie begeht schwere Verbrechen und bedroht die gesamte Region existenziell. Die internationale Gemeinschaft hat gegen die Terrororganisation eine [Allianz](#) ins Leben gerufen, der auch Deutschland angehört. Die Bundesregierung unterstützt den Kampf gegen diese Terrororganisation, die auch unsere Sicherheit bedroht. Sie unterstützt die Streitkräfte der Autonomen Region Kurdistan mit der Lieferung von Waffen und Ausrüstung. Zugleich erhöht Deutschland die humanitäre Hilfe für Flüchtlinge in der Region.
- **Kampf gegen Ebola:** Die Bundesregierung [engagiert](#) sich seit Beginn der Epidemie, die in einigen Staaten Westafrikas viele Opfer gefordert hat, vor Ort. Deutschland unterstützt die internationale Hilfe mit Personal, Krankenhausausrüstung und einer Luftbrücke zum Gütertransport. Der Ebola-Beauftragte der Bundesregierung koordiniert die Hilfe aus Deutschland.
- **Weitere Unterstützung für Afghanistan:** Zum Jahreswechsel 2014/15 beendet die internationale Gemeinschaft ihren Kampfeinsatz, an dem auch Deutschland beteiligt war. Eine [Nachfolgemission](#) der NATO soll die afghanischen Sicherheitskräfte ausbilden und beraten. Deutschland plant, im Norden des Landes weiter Verantwortung zu übernehmen.
- **Transparenz bei Rüstungsexporten:** Die Bundesregierung informiert den Deutschen Bundestag jetzt innerhalb von 14 Tagen, wenn der Bundessicherheitsrat und der sogenannte Vorbereitende Staatssekretärsausschuss [Rüstungsexporte](#) genehmigt haben.

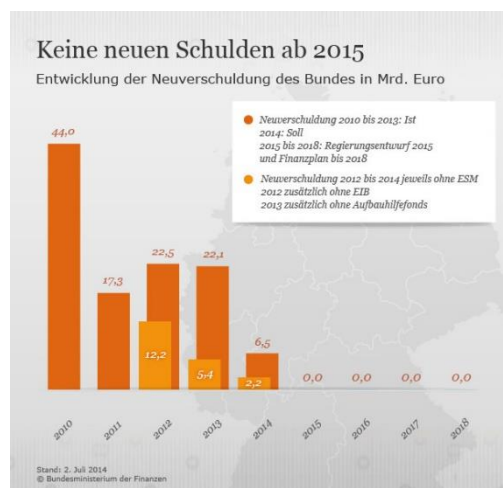


11. Dezember 2014

Seite 3 von 15

Solide Haushaltspolitik

- **Schluss mit Neuverschuldung:** Mit dem [Haushalt 2015](#) legt die Bundesregierung zum ersten Mal seit 46 Jahren einen Haushaltsentwurf vor, der ohne Neuverschuldung auskommt. Die „schwarze Null“ 2015 markiert zugleich den Beginn eines nachhaltig ausgeglichenen Bundeshaushalts für den gesamten Finanzplanungszeitraum. Deutschland erfüllt klar die finanzpolitischen Vorgaben der EU.



- **Entlastung der Kommunen:** Die Bundesregierung [entlastet](#) Städte und Gemeinden 2015 und 2016 um eine Milliarde Euro pro Jahr. Sie greift damit einer Entlastung um fünf Milliarden Euro vor, die im Rahmen einer Reform der Eingliederungshilfe geplant ist. Bis 2017 entlastet der Bund die Länder und Kommunen auch im Bildungsbereich: um insgesamt sechs Milliarden Euro.
- **Investitionen gestärkt:** Die Bundesregierung stellt ab 2016 [zehn Milliarden Euro zusätzlich](#) bereit, um Investitionen in Infrastruktur und Energieeffizienz zu erhöhen. Auch private Investitionen erhalten zusätzliche Anreize: durch die Ausweitung der KfW-Förderung von Wagniskapital für junge Unternehmen.



11. Dezember 2014

Seite 4 von 15

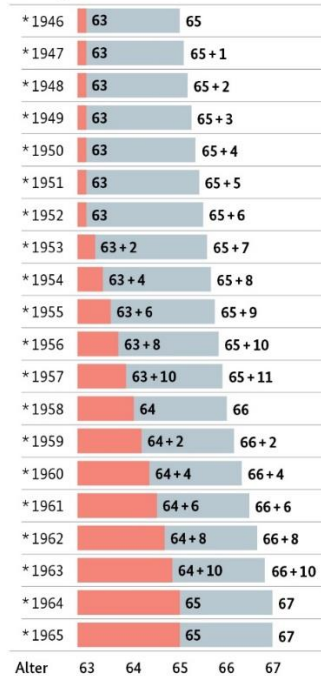
Stabile Alterssicherung

- **Rentenbeitrag sinkt:** Der [Rentenbeitragssatz](#) betrug 2014 – wie 2013 – 18,9 Prozent. Im nächsten Jahr wird er auf 18,7 Prozent sinken.
- **Rentenpaket schafft mehr Gerechtigkeit:** Erziehungszeiten werden besser anerkannt. Versicherte, die 45 Jahre gearbeitet haben, können mit 63 Jahren abschlagsfrei in [Rente](#) gehen. Wer eine Erwerbsminderungsrente erhält, wird künftig so gestellt, als ob er zwei Jahre länger gearbeitet hätte. Verbesserungen gibt es auch beim Reha-Budget.



Dann beginnt die Rente:

Geburtsjahr



Abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren

Abschlagsfreie Rente im Normalfall

Renteneintrittsalter in Jahren + Monaten



11. Dezember 2014

Seite 5 von 15

Verbesserungen bei Gesundheit und Pflege

- **Solide Finanzierung und Sicherung der Qualität der Gesundheitsversorgung:** Die gesetzlichen Krankenkassen können ab 2015 ihre [Beiträge](#) weitgehend selbst gestalten. Der gesetzlich festgelegte Beitragssatz wird von 15,5 auf 14,6 Prozent abgesenkt. Dafür kann künftig jede Krankenkasse von ihren Mitgliedern einen kassenindividuellen, einkommensabhängigen Zusatzbeitrag erheben. Das fördert den Wettbewerb unter den Krankenkassen – um eine wirtschaftliche, qualitativ hochwertige und patientenorientierte Versorgung. Zudem wird die Behandlung gezielt durch höhere Transparenz über die Qualität der Versorgung verbessert, zum Beispiel durch Qualitätsvergleiche zu Krankenhausleistungen, über die sich jeder informieren kann.
- **Mehr Zeit und verbesserte Leistungen für Pflege:** Pflegebedürftige Menschen und ihre pflegenden Angehörigen erhalten ab Januar 2015 mehr und [bessere Leistungen](#). Sie steigen im Umfang um durchschnittlich vier Prozent. Die Empfänger können damit die Leistungen bei Pflege- und Betreuungsbedarf besser und individueller nach ihren jeweiligen Bedürfnissen auswählen. Das ist eine gute Nachricht für die Pflege in Deutschland. Damit die Beitragssätze der Pflegeversicherung auch künftig nicht sprunghaft steigen, wird ein Pflegevorsorgefonds aufgebaut.



Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf

- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert:** Mit dem „[ElterngeldPlus](#)“ hat die Bundesregierung mehr Möglichkeiten für Familien geschaffen, indem Teilzeitarbeit und Elterngeld besser verknüpft werden. Die Elternzeit ist noch flexibler geworden. Einen Partnerschaftsbonus gibt es für Eltern, wenn beide gleichzeitig ihre Arbeitszeit zugunsten der Familienarbeit reduzieren.
- **Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege:** Menschen, die [Beruf und Pflege](#) von Angehörigen in Einklang bringen müssen, gewinnen mehr Flexibilität. Für die zehntägige Pflegezeit, die Angehörige schon heute in akuten Fällen beanspruchen können, gibt es ab 2015 eine Lohnersatzleistung. Wer im Rahmen von Pflegezeit oder Familienpflegezeit ganz oder teilweise aus dem Beruf aussteigen will, hat künftig Anspruch auf ein zinsloses Darlehen. Auf die 24-monatige Familienpflegezeit wird es künftig einen Rechtsanspruch geben.



11. Dezember 2014

Seite 6 von 15

- **Ausbau der Kinderbetreuung:** Der Bund erhöht das [Sondervermögen Kitaausbau](#) um 550 Millionen Euro, damit mehr Betreuungsplätze entstehen. Darüber hinaus unterstützt der Bund die Länder mit 200 Millionen Euro bei den Betriebskosten der Kitas.

Gleichstellung von Frauen

- **Gesetzliche Frauenquote:** Die Bundesregierung will für die Aufsichtsräte aller Unternehmen, die börsennotiert und voll mitbestimmungspflichtig sind, eine [Frauenquote](#) von 30 Prozent einführen. Etwa 3.500 weitere Unternehmen will die Große Koalition verpflichten, sich feste Zielgrößen zu setzen. Auch im öffentlichen Bereich soll die Gleichstellung vorangetrieben werden.

Gute Arbeit

- **Gesetzlicher Mindestlohn 8,50 Euro:** Ab 2015 profitieren 3,7 Millionen Menschen von einem gesetzlichen Mindestlohn. Zum 1. Januar 2017 erfolgt die erste Anpassung. Branchen mit allgemeinverbindlichen Tarifverträgen dürfen noch bis Ende 2016 davon abweichen. Ab 1. Januar 2017 gilt auch für sie der [gesetzliche Mindestlohn](#). Besondere Regelungen gelten für Langzeitarbeitslose und junge Menschen unter 18 Jahren.
- **Förderung der Jugendbeschäftigung:** Menschen unter 25 Jahren müssen spätestens vier Monate, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder die Schule verlassen haben, eine Arbeits- oder Ausbildungsstelle angeboten bekommen. Die Bundesregierung hat diese [EU-Jugendgarantie](#) in deutsches Recht übernommen. Das Sonderprogramm „[MobiPro](#)“ unterstützt junge EU-Bürger bei einer betrieblichen Berufsausbildung in Deutschland.

Fachkräftesicherung

- **Fachkräfte-Offensive öffnet Chancen:** Die [Fachkräfte-Offensive](#) der Bundesregierung unterstützt besonders kleine und mittlere Betriebe. Sie fördert die Zusammenarbeit von Unternehmen, Gewerkschaften und Verbänden in regionalen Netzwerken. Die Offensive spricht auch Frauen, ältere Arbeitnehmer sowie Menschen mit Migrationshintergrund an und eröffnet bessere Chancen zum (Wieder-)Einstieg in den Beruf und zur Qualifikation.



11. Dezember 2014
Seite 7 von 15

Bildung

- **Berufliche Bildung stärken:** Die Bundesregierung hat den Ausbildungspakt mit Sozialpartnern und Ländern zu einer neuen „[Allianz für Aus- und Weiterbildung](#)“ weiterentwickelt. Jeder junge Mensch bekommt damit die Chance auf eine betriebliche Ausbildung.
- **Mehr BAföG:** 2013 bezogen 620.000 Jugendliche [BAföG](#). Die Bedarfssätze sollen ab 2016 um sieben Prozent steigen, die Einkommensfreibeträge der Eltern ebenfalls um sieben Prozent. So können etwa 110.000 mehr Studenten und Schüler BAföG erhalten. Studierende mit Kindern sollen künftig für jedes Kind 130 Euro Zuschlag für die Betreuung bekommen.
- **Mehr Geld für Bildung:** Der Bund ist bereit, ab 2015 das BAföG [vollständig zu übernehmen](#). Damit entlastet er die Länder um jährlich über eine Milliarde Euro. Die Länder können diese zusätzlichen Mittel für die Bildungsfinanzierung verwenden, insbesondere für Hochschulen.

Wissenschaft, Forschung und Innovation

- **Die Neue Hightech-Strategie:** Mit der Weiterentwicklung der [Hightech-Strategie](#) werden die Kräfte aus Wissenschaft und Wirtschaft besser gebündelt, um Ideen noch schneller in innovative Produkte und Dienstleistungen zu überführen.
- **Grundgesetzänderung:** Der Bund hat eine Grundgesetzänderung auf den Weg gebracht, die ihm gemeinsam mit den Ländern die Möglichkeit geben soll, Hochschulen künftig [dauerhaft zu fördern](#).
- **Wissenschaftspakte:** Der [Pakt für Forschung und Innovation](#) und der [Hochschulpakt](#) sollen fortgeschrieben werden. Die [Exzellenzinitiative wird evaluiert](#), eine Nachfolgeinitiative von Bund und Ländern soll bis 2016 entwickelt werden.



Digitale Agenda

- **Digitale Agenda 2014 bis 2017 beschlossen:** Sie ist Voraussetzung, um [Wohlstand und Lebensqualität](#) zu sichern. Die wichtigsten Ziele:





11. Dezember 2014

Seite 8 von 15

- **Schneller Internetanschluss:** Bis 2018 sollen alle Haushalte – auch im ländlichen Raum – über einen [Internetanschluss](#) mit einer Geschwindigkeit von mindestens 50 Megabit pro Sekunde verfügen. Vor allem mobiles Breitband hilft beim flächendeckenden Ausbau in ländlichen Regionen.
- **Digitale Wirtschaft und digitales Arbeiten:** Die Bundesregierung wird die [Digitalisierung der Wirtschaft](#) aktiv begleiten: Die Digitalisierung der Industrie („Industrie 4.0.“) und die Entwicklung neuer Technologien, neuer Dienste und Anwendungen sowie die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im digitalen Wandel stehen dabei im Mittelpunkt.
- **Innovativer Staat:** Die Verwaltung soll effizienter und moderner werden. Dazu hat die Bundesregierung das Programm „[Digitale Verwaltung 2020](#)“ beschlossen. Es schafft verbindliche Standards für die bundesweite Digitalisierung der Verwaltung und bringt konkrete Projekte auf den Weg.
- **Sicherheit im Internet:** Die Zusammenarbeit der Fachbehörden im Nationalen Cyber-Abwehrzentrum wird verbessert. Das Bundesamt für [Sicherheit in der Informationstechnik](#) (BSI) erhält mehr Geld und Personal. Die Kompetenzen des Bundeskriminalamtes und der Bundespolizei werden im Bereich Cybercrime, Cyberspionage und Cybersecurity verstärkt.

Energiewende und Klimaschutz

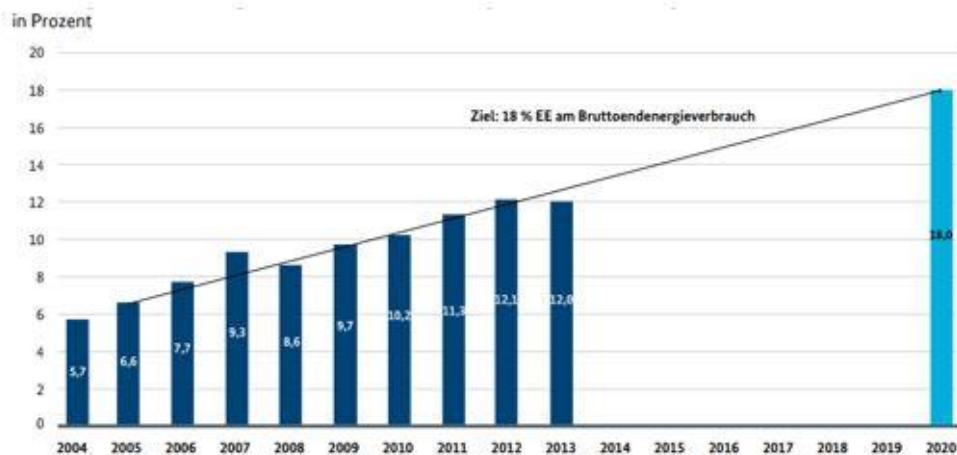
- **Reform des EEG:** Der Anteil der erneuerbaren Energie ist auch 2014 weiter deutlich gestiegen. Mit der [Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes](#) wird der Ausbau ambitioniert weitergehen – nun aber für alle Beteiligten besser planbar. Weitere wichtige Punkte der künftigen Ökostromförderung sind: die bessere Einbindung der erneuerbaren Energien in den Strommarkt und die gerechtere Verteilung der Kosten, ohne Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Erfolg zu gefährden. 2015 wird die EEG-Umlage zum ersten Mal sinken.





11. Dezember 2014
Seite 9 von 15

Entwicklung des Anteils erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch¶



¶

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie auf Basis von Daten der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik, Fortschrittsbericht 2014¶

- **Bezahlbarer Strom für die Industrie:** Die Besondere [Ausgleichsregelung](#) für Industrieunternehmen, die besonders viel Strom verbrauchen, ist mit dem EEG 2014 europarechtlich abgesichert.
- **Energieeffizienz:** Die Bundesregierung baut die Energieeffizienz als zweite Säule der Energiewende weiter aus. Der „[Nationale Aktionsplan Energieeffizienz](#)“ leistet einen wichtigen Beitrag, um die deutschen Energie- und Klimaziele zu erreichen. Zugleich schafft er verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in Energieeffizienz.
- **Aktionsprogramm Klimaschutz 2020:** Mit diesem [Programm](#) nimmt die Bundesregierung ambitionierte Maßnahmen in Angriff. Damit soll Deutschland das Ziel erreichen, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken.



11. Dezember 2014
Seite 10 von 15

Infrastrukturausbau

- **Mehr Geld für den Verkehr:** Für Verkehrswege sind in den kommenden vier Jahren [fünf Milliarden Euro zusätzlich](#) vorgesehen. Durch die geplante Einführung einer Infrastrukturabgabe („Pkw-Maut“) und durch die Ausweitung der Lkw-Maut stärkt der Bund zusätzlich die Finanzierung der Infrastruktur. Die Infrastrukturabgabe wird Halter von Pkw, die in Deutschland Kfz-steuerpflichtig sind, nicht zusätzlich belasten.
- **Sanierung und Ausbau:** 2014 sind rund 10,5 Milliarden Euro in [Sanierung und den Ausbau](#) von Straßen, Schienen und Wasserwegen geflossen. Bis 2017 sollen die Mittel auf 11,9 Milliarden Euro steigen. Allein für das Straßennetz stellt der Bund in den nächsten Jahren mehr als 3,6 Milliarden Euro zusätzlich zu Verfügung.
- **Stadtentwicklung und kommunale Infrastruktur:** Die Bundesregierung erhöht die Mittel für die [Städtebauförderung](#) auf 700 Millionen Euro und für das Programm Soziale Stadt auf 150 Millionen Euro. Dadurch steigen die Zukunftsinvestitionen in Städten und Gemeinden. Hinzu kommen sieben Millionen Euro für das Aktionsprogramm „Regionale Daseinsvorsorge“.
- **Regionale Wirtschaftsförderung:** Die Bundesregierung hat die Investitionsmittel für die Gemeinschaftsaufgabe [Regionale Wirtschaftsstruktur](#) auf 600 Millionen Euro angehoben. Das kommt insbesondere den Investitionen in den neuen Ländern zugute.
- **Hochwasserschutz:** Bund und Länder haben sich auf eine gemeinsame Liste der wichtigsten länderübergreifenden vorbeugenden Hochwasserschutzmaßnahmen für ein [Nationales Hochwasserschutzprogramm](#) verständigt. Der Bund unterstützt die Länder finanziell dabei, diese Maßnahmen umzusetzen.

Wohnen und Miete

- **Mietpreisbremse:** Auch in Gebieten, in denen das Wohnungsangebot knapp ist, sollen [Mieten](#) für Normalverdiener erschwinglich bleiben. Deshalb soll ab 2015 gelten: Wo Mieten bei Wiedervermietung überdurchschnittlich steigen, werden Mieterhöhungen auf höchstens zehn Prozent beschränkt. Investitionen in den Wohnungsbau werden dadurch nicht gebremst. Die Bundesländer können diese Gebiete anhand bestimmter Merkmale für jeweils bis zu fünf Jahre festlegen.



11. Dezember 2014

Seite 11 von 15

- **Wer beauftragt, der zahlt:** Dieser Grundsatz gilt künftig auch im [Maklerrecht](#).
- **Bezahlbares Wohnen:** Damit Wohnen in Ballungsräumen bezahlbar bleibt, stellt die Bundesregierung jährlich 518 Millionen Euro für die [Förderung des sozialen Wohnungsbaus](#) zur Verfügung.
- **Altersgerecht umbauen:** Mit dem Programm „[Altersgerecht Umbauen](#)“ haben Bund und KfW bis Juni 2014 den Umbau von rund 130.000 Wohnungen gefördert.

Innere Sicherheit, Flüchtlinge und Integration

- **IS in Deutschland verboten:** Das [Verbot](#) umfasst sämtliche Beteiligungen an der Organisation, etwa über soziale Medien, bei Demonstrationen oder der Anwerbung von Geldern und Kämpfern für den IS. Auch seine Symbole dürfen nicht mehr gezeigt werden.
- **Kampf gegen Rechtsextremismus:** Das neue Bundesprogramm „Demokratie leben – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ unterstützt schwerpunktmäßig die [Bekämpfung des Rechtsextremismus](#) in Deutschland.
- **Kinder und Jugendliche besser vor Missbrauch schützen:** Dazu hat die Bundesregierung das [Sexualstrafrecht verschärft](#). So soll verhindert werden, dass Nacktbilder von Kindern und Jugendlichen unbefugt verbreitet oder damit Geschäfte gemacht werden. Auch gibt es nun einen besseren Schutz vor Cybermobbing. Außerdem werden Sexualstraftaten künftig später verjähren.
- **Doppelte Staatsangehörigkeit ermöglicht:** In Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern sind künftig nicht mehr verpflichtet, sich [für einen Pass](#) zu entscheiden. Das hilft jungen Menschen bei der Integration.
- **EU-Freizügigkeit:** Die Freizügigkeit in der EU ist einer der sichtbarsten Vorzüge Europas für seine Bürger. Um den Missbrauch dieses Rechts durch eine Minderheit zu unterbinden, hat die Große Koalition im November 2014 das [Freizügigkeitsgesetz/EU](#) geändert. Im Fall von Rechtsmissbrauch oder Betrug sind künftig befristete Wiedereinreisesperren möglich. Das Aufenthaltsrecht von Unionsbürgern zur Arbeitssuche ist jetzt – unter Berücksichtigung der Vorgaben des Unionsrechts – befristet. Wer sich durch falsche Angaben eine Aufenthaltsbescheinigung nach dem Freizügigkeitsgesetz beschafft, macht sich strafbar.



11. Dezember 2014
Seite 12 von 15

- **Asylbewerber und Flüchtlinge:** Für die Unterbringung von Flüchtlingen bietet die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) den Kommunen [kostenlos freie Gebäude und Grundstücke](#) an. Beim Bauplanungsrecht hat die Bundesregierung Möglichkeiten für die Länder und Kommunen geschaffen, rasch und unkompliziert neue Unterkünfte zu planen und zu errichten.
Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat für 2014 300 neue Stellen und für 2015 350 neue Stellen erhalten, um Asylanträge schneller bearbeiten zu können. Damit sich aussichtslose Asylanträge zügiger bearbeiten lassen, sind mehrere West-Balkanstaaten jetzt als [sichere Herkunftsstaaten](#) eingestuft. Zudem entlastet der Bund die besonders betroffenen Kommunen im Jahr 2014 einmalig um 25 Millionen Euro.
- **Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes:** Asylbewerber erhalten künftig [bessere Leistungen](#). Der monatliche Satz steigt auf 352 Euro pro Monat, liegt aber weiterhin unter dem Betrag für Grundsicherungsempfänger. Die Sonderregelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes sollen künftig nur noch 15 Monate statt bislang vier Jahre gelten. Anschließend gibt es Leistungen analog zur Sozialhilfe.
- **Arbeitsaufnahme für Asylbewerber erleichtert:** Seit November 2014 entfällt die sogenannte Vorrangprüfung für den [Arbeitsmarktzugang von Asylbewerbern](#) – unter anderem für Hochschulabsolventen in Engpassberufen und Fachkräfte, die eine anerkannte Ausbildung in einem Engpassberuf haben oder an einer Maßnahme für die Berufsanerkennung teilnehmen. Ihnen ist es künftig nach drei Monaten möglich, ihren Lebensunterhalt in Deutschland selbst zu verdienen.

Finanzmärkte

- **Verbesserte Grundlage der Einlagensicherung:** Die Bundesregierung setzt die Europäischen Richtlinie über [Einlagensicherungssysteme](#) um. Dadurch steigt das Schutzniveau für besonders schutzwürdige Einlagen. Für den Entschädigungsfall ist eine schnellere Auszahlung geregelt. Es ist sichergestellt, dass Anleger eine genauere Information über die Sicherung ihrer Einlagen erhalten. Die Finanzierung der Einlagensicherungssysteme ist dadurch verbessert, dass ein Mindestvermögen aufzubauen ist.
- **Steuerzahler sollen nicht mehr bei Bankenpleiten haften:** Künftig sollen in erster Linie Eigentümer und Gläubiger die Lasten tragen, wenn



11. Dezember 2014

Seite 13 von 15

Banken in Schieflage geraten. Das sieht die Europäische Bankenrestrukturierungsrichtlinie vor, die auch Deutschland umsetzt. Im Rahmen des einheitlichen [Bankenabwicklungsmechanismus](#) wird ein gemeinsamer Fonds aufgebaut, in den die Banken aus den teilnehmenden Mitgliedstaaten einzahlen. Die Bankenabgabe wird dabei im Vergleich zum bisherigen Aufkommen in Deutschland deutlich erhöht.

Verbraucherschutz

- **Reform der Lebensversicherung:** Mit dem Gesetz zur Absicherung stabiler und fairer Leistungen für [Lebensversicherte](#) reagiert die Bundesregierung auf die niedrigen Zinsen bei Lebensversicherungen. Alle Beteiligten sollen dazu einen Beitrag leisten: die Versicherer, ihre Eigentümer, der Versicherungsvertrieb, die Versicherungsaufsicht ebenso wie die Versicherten.
- **Besserer Schutz vor unseriösen Geldanlagen:** Finanzdienstleister müssen die [Risiken einer Geldanlage](#) zum Zeitpunkt der Anlage offenlegen. Außerdem müssen sie den Anlegern aktuelle und vollständige Informationen über Vermögensanlagen verschaffen. Das soll Anleger in die Lage versetzen, die Erfolgsaussichten einer Vermögensanlage besser einzuschätzen. Besonders Kleinanleger sind dadurch besser geschützt. Aggressive Werbestrategien für Finanzprodukte sind unzulässig.
- **Neue Regelungen bei Verbraucherverträgen über Waren und Dienstleistungen:** Seit Juni 2014 gelten [Neuregelungen für Verbraucherverträge](#) – insbesondere für Verträge, die außerhalb von Geschäftsräumen zustandekommen, sowie für Verträge im Fernabsatz; darunter fallen zum Beispiel Verträge, die über das Internet geschlossen werden.
- **Schneller aus den Schulden:** Wer seit Juli 2014 ein [Insolvenzverfahren](#) beantragt, kann seine Restschulden schon nach drei Jahren erlassen bekommen, wenn er einen Teil seiner Schulden und die Verfahrenskosten begleicht. Dadurch erhalten besonders insolvente Existenzgründer und Verbraucher schneller als bisher eine zweite Chance.



11. Dezember 2014
Seite 14 von 15

Zukunft des ländlichen Raums

- **Ländliche Räume fördern:** Mit dem Bundesprogramm „[Ländliche Entwicklung](#)“ stellt die Bundesregierung 2015 und 2016 jährlich zehn Millionen Euro zur Verfügung, um innovative Ansätze der ländlichen Entwicklung zu erproben und zu fördern. Außerdem wird die Bundesregierung im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ zusätzliche Mittel für den vorsorglichen Hochwasserschutz in Höhe von 20 Millionen Euro bereitstellen.
- **Landwirte und Umwelt stärken:** Die Bundesregierung hat die Reform der europäischen Agrarpolitik national umgesetzt. Die Förderung der Landwirtschaft wird dadurch zeitgemäß. So werden die vielfältigen gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft, zum Beispiel beim Erhalt der Kulturlandschaften, honoriert und gesichert. Überdies sind über das sogenannte Greening jetzt [Direktzahlungen](#) an zusätzliche Umweltleistungen geknüpft. Die Förderung von kleinen und mittleren Betrieben sowie von Junglandwirten sind weitere wichtige Elemente der Reform.
- **Tierwohl sicherstellen:** Mit der 2014 gestarteten „[Tierwohlinitiative](#)“ sollen die Haltungsbedingungen insbesondere für landwirtschaftliche Nutztiere weiter verbessert und noch stärker an die Bedürfnisse der Tiere angepasst werden. Ein „Kompetenzkreis Tierwohl“ hat bereits seine Arbeit aufgenommen. In diesem beratenden Gremium sind Landwirtschaft, Tierschutz- und Verbraucherverbände, Wissenschaft und Veterinäre vertreten.

Kulturelles Erbe bewahren

- **Deutsches Zentrum Kulturgutverluste:** Gemeinsam mit den Ländern hat der Bund die Stiftung „[Deutsches Zentrum Kulturgutverluste](#)“ gegründet, die die Aktivitäten zur Provenienzforschung zu NS-Raubkunst bündeln, stärken und ausbauen soll. Sie wird Anfang 2015 in Magdeburg ihre Arbeit aufnehmen.
- **Deutsche Digitale Bibliothek:** Das nationale Internet-Portal für Kultur und Wissenschaft soll die digitalen Angebote von bis zu 30.000 deutschen Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen verknüpfen und zugänglich machen. Im März 2014 hat die [DDB](#) ihren regulären Betrieb aufgenommen und inzwischen einen Bestand von rund zehn Millionen digitalen Objekten. Im laufenden Jahr fördert der Bund die Bibliothek mit 1,3 Millionen Euro.



11. Dezember 2014
Seite 15 von 15

25 Jahre Freiheit und Einheit

- **Friedliche Revolution und Mauerfall:** Die Bundesregierung hat 2014 an die Hunderttausende mutiger Menschen erinnert, die mit der Friedlichen Revolution vor 25 Jahren die DDR-Diktatur überwunden, die Mauer zu Fall und den Weg zur Deutschen Einheit freigemacht haben. So hat die Bundesregierung zahlreiche Gedenkveranstaltungen unterstützt und den Ereignissen 1989/90 die Internetseite freiheit-und-einheit.de gewidmet – mit einer ausführlichen Chronik und vielfältigen Veranstaltungshinweisen.
- **Gedenkstätten:** Zum 25. Jahrestag des Mauerfalls ist die neue Dauerausstellung „1961/1989. Die Berliner Mauer“ in der Bernauer Straße eröffnet worden. Die neue Dauerausstellung im „Haus auf der Grenze“ am Point Alpha dokumentiert seit März die Geschichte der deutschen Teilung und des menschenverachtenden Grenzregimes der DDR.



Historische Verantwortung – Gedenken und Erinnern

- **100 Jahre Beginn des Ersten Weltkriegs:** Nach der Eröffnung der deutschlandweit einzigen Überblicksausstellung „1914–1918. Der Erste Weltkrieg“ im Deutschen Historischen Museum hat die Bundeskanzlerin an mehreren Gedenkveranstaltungen zu diesem Thema teilgenommen, unter anderem am Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs im belgischen Ypern. Die Erinnerung an die Ereignisse damals führe vor Augen, „in welchen guten Zeiten wir heute leben – dadurch, dass es die Europäische Union gibt und dass wir aus der Geschichte gelernt haben“, sagte Merkel.
- **Gedenkort „T4“:** Seit September 2014 besteht der [Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde](#) am historischen Ort der Planungszentrale Tiergarten 4 „T4“. Von hier aus planten die Nationalsozialisten die Massenmorde an Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten.
- **Jährlicher Gedenktag für Opfer von Flucht und Vertreibung:** Die Bundesregierung hat beschlossen, dass ab 2015 jährlich am 20. Juni der [Opfer von Flucht und Vertreibung](#) gedacht werden soll.

